

Freihandel rund um den Pazifik

Die USA und elf weitere Staaten einigen sich auf einen Handelspakt / Die beteiligten Länder stehen für zwei Fünftel der Weltwirtschaft

Von Christian Mihatsch

CHIANG MAI/ATLANTA. Nach jahrelangen Verhandlungen haben sich am Montag die USA und elf andere Pazifik-Anrainerstaaten auf ein Freihandelsabkommen geeinigt. Dadurch werden unter anderem Zölle auf 18 000 Produkte abgeschafft. Die neue Transpazifische Partnerschaft (TPP) umfasst Länder, die 40 Prozent der globalen Wirtschaftsleistung erarbeiten. Die Einigung ist ein außenpolitischer Erfolg für US-Präsident Barack Obama und Zeichen einer geostrategischen Neuorientierung der weltgrößten Wirtschaftsmacht.

Zuletzt liefen die Gespräche zäh, aber nach fünfjährigen Verhandlungen kam es auf ein paar Tage nicht mehr an. Der abschließende Diskussionsmarathon in der US-Großstadt Atlanta hatte am Mittwoch begonnen und dauerte bis Montag. Aus Sicht des japanischen Handelsministers Akira Amari hat sich dieser Aufwand gelohnt: „Das TPP-Abkommen setzt den Standard für Handelsabkommen im 21. Jahrhundert.“ Sein australischer Kollege Andrew Robb zeigt sich ähnlich enthusiastisch: „Das Abkommen wird grundlegende Veränderungen bewirken und für 20 Jahre bedeutsam sein.“

Gestritten wurde lange über Milch und Medikamente

Der Text des Abkommens war vorerst nicht öffentlich zugänglich, da laut Diplomaten noch einige technische Details von Spezialisten geklärt werden müssen. Der US-Handelsbeauftragte Michael Froman verspricht aber im Hinblick auf die Zahl der verschiedenen Zölle, die durch das Abkommen auf null gesenkt werden: „Das Abkommen führt zu 18 000 Steuererleichterungen in den beteiligten Ländern.“

Erhalten bleiben aber zumindest zwei Zollsätze, wie der neuseeländische Handelsminister Tim Goser erklärte: der japanische Zoll auf Rindfleisch und Zölle auf Milchprodukte. Für Milchprodukte werden viele Länder zusätzlich an Importquoten festhalten. Für Neuseeland, das in Anlehnung an das entsprechende Ölkarstell auch als Opec der Milch bezeichnet wird, zählt aber „die Richtung der Reise“,



Hat für die Einigung lange gekämpft: US-Präsident Barack Obama.

FOTO: DPA

wie Minister Goser sagte. „Lange, nachdem die Details dieser Verhandlungen Fußnoten der Geschichte sind, wird das große Ganze bleiben“, befand er. Neben den USA zählen elf Länder zur neuen Freihandelszone: Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, Vietnam.

Die Handelsminister lobten das Abkommen, weil es nicht nur Zölle auf Güter senkt, sondern auch den Handel mit Dienstleistungen vereinfacht – besonders für junge, internetbasierte Leistungen. Zudem umfasst TPP „die strengsten Regeln zum Schutz von Arbeitnehmern in der Geschichte der Handelsabkommen“, meinte Froman. Dies war während der Verhandlungen vor allem für Vietnam ein Problem. Dort gibt es bislang keine unabhängigen Gewerkschaften. Doch der vietnamesische Handelsminister Vu Huy Hoang versicherte, sich an die TPP-Regeln halten zu wollen: „Wir tun das nicht, weil die USA das wollen. Dies sind Regeln der Internationalen Arbeitsorganisation ILO, und wir sind gewillt, diese einzuhalten.“

Eines der schwierigsten Kapitel waren neben Milchprodukten die Biopharmaka, wie das Krebsmedikament Avastin der

Roche-Tochter Genentech. Die USA wollten, dass die Erfinder solcher Heilmittel nach Ablauf der Patentfrist zwölf Jahre Datenexklusivität genießen. Dies hat zur Folge, dass Hersteller von Nachahmerpräparaten (Generika) nicht auf den Wirksamkeitsnachweis des Originalpräparats verweisen können, wenn sie ihre Produkte registrieren wollen. Dadurch wird die Markteinführung von Generika verzögert und verteuert. Australien, Chile und Peru bestanden auf nur fünf Jahren Datenexklusivität. Sie scheinen sich damit durchgesetzt zu haben. Laut Froman beinhaltet TPP eine Frist von fünf Jahren. Anschließend regulieren die Mitgliedsländer den Marktzugang für Biopharmaka-Generika mit verschiedenen, nationalen Regeln.

Weitere Staaten wollen dazusteuern

Nach dem Atomabkommen mit dem Iran und der Entspannungspolitik mit Kuba ist TPP der dritte außenpolitische Erfolg für US-Präsident Barack Obama in kurzer Zeit. Das Abkommen ist nicht nur handelspolitisch bedeutsam, sondern Teil der strategischen Neuausrichtung der

USA – einer Hinwendung zu Asien. Dass Widersacher China bei TPP nicht dabei ist, ist auch ein Erfolg für die USA. Einer der größten Gewinner dürfte laut seiner eigenen Regierung eines der ärmsten Mitglieder sein: Vietnam. „Mit TPP kann unsere Textilindustrie schneller wachsen“, so Minister Vu Huy Hoang. „Das ist vor allem ein Vorteil für arme Menschen.“

Um zu gelten, muss der Pakt von allen zwölf Parlamenten ratifiziert werden. In den meisten Ländern dürfte das kein Problem sein. In den USA fällt die Ratifizierung in den Vorwahlkampf, da TPP frühestens im März dem Kongress vorgelegt werden kann. Einige der Kandidaten für die Präsidentschaftskandidatur wie Donald Trump (Republikaner) oder Bernie Sanders (Demokraten) lehnen TPP ab. Dies gilt auch für die Mehrheit der Abgeordneten der demokratischen Partei. US-Präsident Barack Obama ist folglich auf Stimmen der Republikaner angewiesen, um das Abkommen durchs Parlament zu bringen. Tritt das Abkommen in Kraft, ist damit zu rechnen, dass sich weitere Länder um eine Aufnahme in die Partnerschaft bemühen – wie Südkorea, Taiwan, Kolumbien und Thailand. *Kommentar*

KOMMENTAR

Freihandel im Pazifik

Europa unter Druck

Von Christian Mihatsch



Mit dem Abschluss der Transpazifischen Partnerschaft (TPP) bildet sich eine riesige Freihandelszone rund um den Pazifik – unter Ausschluss von China und Europa. Es ist absehbar, dass sich weitere Staaten anschließen werden und TPP einen noch größeren Teil der Weltwirtschaft abdeckt. Das erhöht jetzt den Druck auf die EU, das transatlantische Freihandelsabkommen TTIP mit den USA abzuschließen. Dafür gibt es zwei Gründe, einen wirtschaftlichen und einen strategischen. Für die europäische – und nicht zuletzt deutsche – Wirtschaft ist es von entscheidender Bedeutung, in einem möglichst freien, aber regelbasierten Markt operieren zu können. Ohne TTIP gelten im Handel mit den USA einzig die Regeln der Welthandelsorganisation WTO, die abgesehen von kleineren Anpassungen zuletzt vor 21 Jahren aktualisiert wurden. Es sollte den Europäern aber auch eine Warnung sein, dass sich die USA mit TPP Asien zuwenden und damit gleichsam von Europa abzuwenden beginnen. TTIP ist das handelspolitische Gegenstück zur Nato. Wenn die USA ihre wirtschaftliche Zukunft verstärkt im pazifischen Raum sehen, verlieren Europa und die Nato an Bedeutung. Aber selbst TTIP ist nur eine Übergangslösung. Ziel sollte es sein, TTIP und TPP zu verschmelzen und im Rahmen der WTO globalen Freihandel zu schaffen. Das wäre das effektivste Instrument zur Überwindung der Armut in der Welt. Vor wenigen Tagen hat sich die Staatengemeinschaft das Ziel gesetzt und dafür auf der Ebene der Vereinten Nationen einen Managementplan geschrieben, wie sie bis 2030 die absolute Armut in der Welt beseitigen und viele darüber liegende Volkswirtschaften entwickeln will. Pakte wie TPP und TTIP sind Instrumente, um solch ehrgeizige Ziele zu erreichen. Es ist kein Zufall, dass aus Sicht vieler Ökonomen das ärmste der zwölf TPP-Länder am meisten profitieren wird: Vietnam.

► mihatsch@badische-zeitung.de

Tumulte bei Air France

Personalchef wegen Sparplänen angegriffen

PARIS (dpa). Demonstranten haben aus Wut über drohenden Jobabbau bei der Fluggesellschaft Air France eine Sitzung des Betriebsrats gestürmt und den Personalchef angegriffen. Mit zerrissenem Hemd und nacktem Oberkörper flüchtete Personalvorstand Xavier Broseta am Montag aus einem Handgemenge. „Das Management von Air France verurteilt die körperlichen Gewalttaten entschieden“, teilte das Unternehmen mit und kündigte eine Klage an.

Während des Treffens in der Air-France-Zentrale am Flughafen Charles-de-Gaulle bei Paris hatte das Unternehmen seine Sparpläne den Arbeitnehmervertretern vorgestellt. Gewerkschaftsangaben zufolge sind 2900 Stellen in Gefahr. Nach dem Eindringen der Demonstranten wurde die Sitzung jedoch unterbrochen.

Auf Fernsehbildern war zu sehen, wie Männer Broseta aus einer aufgebracht Menge eskortierten, dabei rissen Demonstranten ihm das Hemd vom Körper. „Diese Gewalt ging von einigen besonders aggressiven Einzelpersonen aus, während die Demonstration streikender Mitarbeiter bis dahin ruhig verlaufen war“, hieß es vom Unternehmen. Wirtschaftsminister Emmanuel Macron nannte die Täter unverantwortlich.



Personalvorstand Xavier Broseta muss flüchten.

FOTO: AFP

Die Fluggesellschaft will mit Kürzungen im Langstreckengeschäft ihre seit 2011 anhaltende Verlustserie beenden. Vergangene Woche waren Verhandlungen mit Pilotenvertretern über längere Arbeitszeiten bei gleichem Gehalt gescheitert, daraufhin kündigte das Unternehmen seinen Plan B mit Stellenkürzungen an. Der für Montag von mehreren Gewerkschaften ausgerufen Streik hatte auf den Flugverkehr allerdings nur geringe Auswirkungen: Das Unternehmen rechnete damit, alle Flüge durchführen zu können, kalkulierte aber mit Verspätungen.

Dauerfehde um Titisees Stromnetz

Die Stadt zieht im Kampf gegen das Kartellamt jetzt auch vor den Bundesgerichtshof

Von Sebastian Wolfrum

TITISEE-NEUSTADT. Der Streit um den Betrieb des Stromnetzes Titisee-Neustadts ist zur Dauerfehde zwischen der Stadt und dem Kartellamt geworden. Die Stadt hat Beschwerde beim Bundesgerichtshof eingelegt. Das teilte Bürgermeister Armin Hinterseh am Montag mit. Sie will auf diese Weise verhindern, dass sie ihr Stromnetz sofort neu ausschreiben muss. Schon vor längerem hat Titisee-Neustadt Verfassungsbeschwerde beim Bundesverfassungsgericht eingelegt.

Das Kartellamt hatte die Vergabe des Stromnetzes in Titisee-Neustadt unter die Lupe genommen, weil sich der Energieversorger Energiedienst aus Laufenburg beschwert hatte. Energiedienst hat die Stadt viele Jahre mit Strom versorgt, unterlag aber bei der Neuvergabe 2011 der neu gegründeten Energieversorgung Titisee-Neustadt (EVTN). Das Kartellamt beanstandete, dass die Vergabe bei der Ausschreibung unzulässig und rechtswidrig vonstattengegangen sei. Die Behörde leitete ein Verfahren ein und begründete das mit dem „Missbrauch der marktbeherrschenden Stellung“ und einem „diskriminierenden Auswahlverfahren“.

Dagegen wiederum legte Titisee-Neustadt vor dem zuständigen Oberlandesgericht Düsseldorf Beschwerde ein. Außerdem versuchte die Stadt zu verhindern,

dass sie die Konzession für die Stromversorgung sofort neu ausschreiben muss. Der Antrag auf aufschiebende Wirkung wurde jedoch vom Oberlandesgericht Düsseldorf zurückgewiesen.

Gegen diese Entscheidung hat Titisee-Neustadt jetzt Beschwerde vor dem Bundesgerichtshof eingelegt. Die Begründung für den Gang vor diese letzte Instanz in Zivil- und Strafverfahren liegt indes bei Deutschlands obersten Verfassungsrichtern. Beim Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe liegt eine Beschwerde Titisee-Neustadts, die die Richtlinien für die Vergabe von Konzessionen zur Strom-, Wasser- und Erdgasversorgung in Deutschland grundsätzlich infrage stellt. Zumindest, bis das Verfassungsgericht darüber entschieden habe, ob die kommunale Verfassungsbeschwerde angenommen wird, hätte das Oberlandesgericht Düsseldorf mit seiner Entscheidung warten sollen, argumentieren die Hochschwarzwälder.

Viele Gemeinden schauen nun in den Hochschwarzwald

Der Streit vor dem Bundesverfassungsgericht wird von vielen Gemeinden in Deutschland mit Spannung verfolgt. Denn die Vergabe von Konzessionen, das sind Wegerechte, ist Grundvoraussetzung für den Betrieb des Strom- und Gasnetzes. In den vergangenen Jahren gab es einen Trend, die Konzessionen für eta-

blierte Energieversorger nicht zu verlängern, sondern die Versorgung in die eigene Hand zu nehmen. Das Modell lieferten die Stromrebellin in Schönau, die das Stromnetz ihrer Gemeinde übernahmen.

Titisee-Neustadt argumentiert in der Beschwerde vor dem Verfassungsgericht, das „kartellrechtliche Regime der Strom- und Gaskonzessionsvergabe“, widerspreche den Absichten des Gesetzgebers, sei also verfassungswidrig, wie es in der Antragsschrift heißt. Damit sind Richtlinien des Kartellamtes und der Netzagentur gemeint, die die Vergabe von Stromnetzen regeln. Aus dem Zusammenspiel von behördlichen Vorschriften und Urteilen zur Vergabe von Konzessionen ist laut Auffassung der Kläger eine Regelung mit gesetzesgleicher Wirkung entstanden.

Das Problem aus Sicht von Titisee-Neustadt: Dieses Regime entspreche nicht der Regeln, wie sie die parlamentarische Gesetzgebung vorsieht. Den Gesetzen des Bundestages werde somit durch Verordnungen widersprochen. „Hier wird geltendes Recht verändert. Hier ist etwas aus dem Lot geraten“, so Hinterseh. Ob das Verfassungsgericht die Beschwerde zur Entscheidung annimmt, ist laut eines Sprechers des Gerichts offen.

Die EVTN hat angekündigt, sich wieder um die Konzession zu bewerben, das Stromnetz zu betreiben. Dabei sollen alle Vorgaben des Kartellamtes streng eingehalten werden, heißt es im Rathaus.